

Dokumentation Ratsantrag, 22.02.2007

„Leitantrag für kommunalen Klimaschutz“

Die Stadt Bielefeld stellt sich der Verantwortung für die Begrenzung des Klimawandels. Rat und Verwaltung werden ihre Möglichkeiten nutzen, um zu einer Verringerung der CO₂-Emissionen beizutragen. Besondere Potentiale sieht der Rat in der Verbesserung der Energieeffizienz, bei der Energiegewinnung und -erzeugung sowie im Bereich der Stadtplanung und Verkehrspolitik.

Maßnahmen zur Verbesserung der Energieeffizienz

ImmobilienServiceBetrieb

1. Der Rat beauftragt den ISB, für die kommunalen Liegenschaften einen Energieeffizienzaktionsplan zu entwickeln. Zur Umsetzung des Plans wird die Stadt Bielefeld die Möglichkeiten des Bundesprogramms zur energetischen Sanierung kommunaler Gebäude nutzen. Dabei soll die Energieeffizienz durch die Verbesserung der Wärmedämmung gesteigert werden. Maßstab sollte dabei die höchstmögliche Wirtschaftlichkeit sein, die oftmals über die vorgegebenen gesetzlichen Werte (Dämmstoffstärke) hinausgeht. Um das Programm möglichst zügig umzusetzen, wird der ISB beauftragt, Gespräche mit Wohnungsgesellschaften (z.B. der BGW) zu führen, um auch Maßnahmen auf dem Weg des Contracting zu realisieren.
2. Die Stadt Bielefeld wird bei Beschaffungen darauf achten, dass, soweit möglich, Produkte aus recyceltem Material und schadstoffreduzierter Produktion gekauft werden. Die Stadt setzt in allen Dienststellen Recycling-Papier ein.

Energiegewinnung und -erzeugung

3. Die Stadt Bielefeld erwartet von der BBF, dass sie Sonnenkollektoren/Solarabsorber zur Beheizung der Freibäder einsetzt. Die Solarthermie bietet vielfältige Möglichkeiten der Nutzung der Sonnenenergie. Bei den Dachaufstellungen ist häufig neben der Nutzung zur Warmwasserbereitung auch eine Heizungsunterstützung möglich und wirtschaftlich. Sie soll auch bei städtischen Gebäuden eingesetzt werden.
4. Die Nutzung der Erdwärme (Geothermie) besonders im Gewerbebau wird ausdrücklich gewünscht (Heizung und Kühlung). Die Stadt

Bielefeld wird durch Abbau bürokratischer und planungsrechtlicher Hindernisse die Nutzung dieser Energieform erleichtern und unterstützen.

5. Die Stadt Bielefeld beauftragt die WEGE, ansiedlungswillige Unternehmen hinsichtlich wirtschaftlichster Energiequalität (Energistandard Hallen, Geothermie, Nutzung Biomasse zur Energieversorgung) zu beraten.
6. Der ISB wird beauftragt, in städtischen Gebäuden verstärkt BHKWs (Blockheizkraftwerke) einzusetzen.
7. Der ISB stellt die Daten über alle Dächer von städtischen Gebäuden der Öffentlichkeit zur Verfügung, die sich für PV-Anlagen eignen. PV-Anlagen auf diesen Dächern sollen ohne große bürokratische Hürden installiert werden können.
8. Die Stadt Bielefeld führt Gespräche mit der Sparkasse Bielefeld, um eine Bürgeraktie oder Bürgerfonds für PV-Anlagen aufzulegen.
9. Die Stadt Bielefeld bittet die Stadtwerke, eine Anlage zur Erzeugung von Biogas aus Biomasse zu errichten oder die Errichtung zu fördern. Langfristiges Ziel ist es, dass im Raum Bielefeld erzeugtes Gas auch in das Gasnetz eingeleitet werden kann.

Stadtplanung und Verkehrspolitik

10. Die Stadt Bielefeld wird keine weiteren Neubaugebiete im Außenbereich ausweisen. Neue Bebauungspläne werden nur in Gebieten mit guter Anbindung an den ÖPNV erstellt, die Nutzung von Solar- und oder Erdwärme verbindlich festgeschrieben.
11. Die Stadt Bielefeld wird ihre Verkehrspolitik darauf ausrichten, die Emissionen aus dem motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Mittel dazu sind die konsequente Förderung des ÖPNV und des Radverkehrs, sowie der Verzicht auf den Aus- und Neubau von Straßen.
12. Die Stadt Bielefeld verfolgt das Ziel, den städtischen Fuhrpark zu verkleinern. Deshalb wird ein Konzept mit car-sharing ausgearbeitet. Für ihren Fuhrpark wird sie schadstoffarme Fahrzeuge mit geringem CO₂-Ausstoß einsetzen. Die Stadt erwartet von allen Gesellschaften, an denen sie beteiligt ist, dass sie dieses Ziel übernehmen.

Was ist mit unserem Antrag passiert? Das Ziel unseres Antrags wurde von allen Parteien im Rat unterstützt. CDU und FDP wollten allerdings alle konkreten Punkte erst in den Fachausschüssen beraten. Deshalb wurden die Maßnahmen eins bis neun nur mit Mehrheit beschlossen; die Anträge zur Stadtentwicklung und Verkehr sind an den Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss überwiesen worden. Hier zeichnete sich ab, dass auch der SPD unsere Forderungen zu weit gehen.